

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Katharina Jensen (CDU)

**Transformation der Agrar- und Ernährungswirtschaft: Welche Initiativen plant die Landesregierung?**

Anfrage der Abgeordneten Katharina Jensen (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 22.02.2023

Einer Pressemitteilung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML) vom 18.01.2023 war zu entnehmen, dass Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte am 21.01.2023 in Berlin bei der Agrardemonstration „Wir haben es satt!“ dabei sein werde.

Das Bündnis „Wir haben es satt!“ hat im Januar 2023 sechs Forderungen an die Bundesregierung formuliert, um seiner Forderung nach einer sozial-gerechten Agrarwende Nachdruck zu verleihen.

1. Was bedeutet es, wenn - wie es in der Pressemitteilung des ML heißt - Landwirtschaftsministerin Staudte bei der Demonstration am 21.01.2023 „dabei“ sein werde? Bringt sie damit ihre Unterstützung für die sechs an die Bundesregierung gerichteten Forderungen des Bündnisses zum Ausdruck? Falls ja: Unterstützt sie alle Forderungen des Bündnisses? Falls dies nicht der Fall ist: Welche Forderungen unterstützt sie und welche nicht?
2. Das Bündnis „Wir haben es satt!“ fordert u. a., sogenannte „umweltschädliche Subventionen“ in Form eines reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Lebensmittel tierischen Ursprungs zu beenden und die daraus resultierenden Mehreinnahmen zu nutzen, um die Umsatzsteuer auf pflanzliche Produkte auf Null zu setzen. Steht die Landesregierung hinter dieser Forderung? Falls ja: Unterstützt die Landesregierung nicht mehr die von der Borchert-Kommission aufgezeigte Möglichkeit, die aus einem erhöhten Umsatzsteuersatz auf Lebensmittel tierischen Ursprungs resultierenden Mehreinnahmen für den tiergerechten Umbau der Nutztierhaltung einzusetzen?
3. Das Bündnis „Wir haben es satt!“ fordert u. a., Ackerflächen für menschliche Nahrung statt für Futter- und Biosprit-Anbau zu nutzen. Ist dies auch die Meinung der Landesregierung? Plant die Landesregierung Maßnahmen, um in die Bodennutzung durch landwirtschaftliche Betriebe einzugreifen?
4. Das Bündnis „Wir haben es satt!“ fordert u. a., „fairen Handel zu ermöglichen“. Welche derzeit bestehenden Handelsabkommen sind nach Auffassung der Landesregierung „nicht fair“?
5. Das Bündnis „Wir haben es satt!“ fordert u. a., Lebensmittelspekulation zu verbieten. Findet nach Einschätzung der Landesregierung in Deutschland Lebensmittelspekulation statt, die es zu verbieten gilt? Falls ja: Durch wen und in welcher Form und mit welchen konkreten Auswirkungen auf die Lebensmittelversorgung und die Lebensmittelpreise findet in Deutschland Lebensmittelspekulation statt? Welche Maßnahmen plant die Landesregierung ggf., um Lebensmittelspekulation in Deutschland zu beenden?
6. Das Bündnis „Wir haben es satt!“ fordert u. a., eine Übergewinnsteuer auch bei Agrar-, Lebensmittel-, Handels- und Düngemittelkonzernen zu erheben. Plant die Landesregierung entsprechende Initiativen? Falls ja: In welcher Form?